

B e s c h l u ß a n t r a g

14.8.1993



der Abgeordneten Anton Fürst (ÖVP), Johann Herzog (FPÖ), Mag. Franz Karl (ÖVP), Dr. Matthias Tschirf (ÖVP) und Dr. Helmut Günther (FPÖ), eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 1.7.1993, betreffend sicherheitspolitische Maßnahmen - Resolution an die Bundesregierung.

Mit Inkrafttreten des Sicherheitspolizeigesetzes am 1. Mai 1993 und dem heutigen Beschuß des Wiener Landtages über ein Landes-sicherheitsgesetz werden die rechtlichen Grundlagen der Sicher-heitskräfte für die Erhaltung und Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit auch in Wien wesentlich verbessert.

Im Zuge der Beratungen der Fraktionen des Wiener Landtages über das Wiener Landessicherheitsgesetz wurden eine Reihe weiterer notwendiger Maßnahmen für die bessere Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der Sicherheitsexekutive in Wien diskutiert, die jedoch in die Kompetenz des Bundesgesetzgebers fallen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

Beschlußantrag:

Der Wiener Landtag fordert die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zur weiteren Erleichterung und Verbesserung der Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten vorzubereiten und eine rasche Erledigung zu betreiben.

1. Interventionsrecht der Polizei auf Eisenbahnggrund, wie beispielsweise in Bahnhöfen, Schnellbahn- und U-Bahnstationen, Zügen, Passagen und Bahnhofsvorplätzen durch Änderungen des Eisenbahngesetzes.
2. Gesetzliche Verankerung der "verdeckten Ermittlung" insbesondere zur Bekämpfung des Drogenhandels und der neuen Formen der Wirtschaftskriminalität.
3. Verbesserung des Zeugenschutzes zur Gewährleistung der Sicherheit von Zeugen vor Tatverdächtigen.
4. Vermummungsverbot bei Demonstrationen zur besseren Vorbeugung und Aufklärung von Gewalt- und Eigentumsdelikten, die im Schutze der Anonymität bei größeren Menschenansammlungen begangen werden.
5. Einführung einer berittenen Polizeigruppe in Wien zur Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in Siedlungsgebieten, weitläufigen Parks und Erholungsgebieten (z.B. Prater, Lainzer Tiergarten, Wienerwald und Donauinsel) sowie bei Großveranstaltungen (z.B. Fußballmatch).

6. Systematische Aufstockung des Personalstandes der Wiener Polizei um zumindest 1.500 Dienstposten der Sicherheitswache, des Kriminaldienstes, der Polizeijuristen und der Polizeischule innerhalb der nächsten drei Jahre, damit angesicht stark steigender Kriminalität und sinkender Aufklärung die durch neue Gesetze und Maßnahmen erweiterten Aufgaben der Exekutive tatsächlich wahrgenommen und erfüllt werden können.
  7. Schaffung eines eigenen Besoldungsschemas für die Sicherheitsexekutive, das den Gefahren und Erschwernissen des Polizedienstes gerecht wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Very Mr  
A. Smith  
Mother  
Sam Stry

Franz Karl  
William Hartman  
Günther  
G. Knott

## Zurechnung mit Mehrheit

Bürgerschule H. F. Steiner

8.7.93 *JL*